

andere nicht. Mindestens nach dieser Richtung hin wäre eine Einschränkung der Immunität vonnöten, aber auch sonst schafft sie im öffentlichen Rechtsbewußtsein manche Verwirrung.

Der andere Weg, auch den Journalisten und sonstigen politischen Funktionären Immunität zu verleihen und damit Presse- und Redefreiheit in der Praxis ziemlich schrankenlos zu machen, wäre m. E. unbedingt abzulehnen. Das öffentliche Leben gedeiht am besten unter der Rechtsgleichheit aller. Die Berücksichtigung der öffentlichen Funktionen des Publizisten soll der ordentliche Richter innerhalb des Verfahrens vornehmen, sofern das Gericht auf Grund der Gesetze die Einleitung eines Verfahrens für notwendig erachtet. Erhielte der Journalist auf Grund eines Sondergesetzes generelle Straffreiheit für alle seine dienstlichen Handlungen, so würde vermutlich keine Entgiftung der Preßpolemik eintreten, sondern das Gegenteil.

So wenig man also Sondergesetze für die öffentlichen Werber schaffen soll, so wenig soll man gegen sie mit besonderen Paragraphenknüppeln vorgehen. Das klingt für ein modernes Kulturvolk eigentlich ganz selbstverständlich und wird leider doch nicht beachtet, auch unter rein demokratischen Staatsverfassungen nicht. Es gibt nur einen Fall, in dem die Staatszensur durch Ausnahmerecht unvermeidlich, wenn auch unerfreulich erscheint; sobald sich ein Land im äußeren oder inneren Krieg befindet, müssen die bürgerlichen Grundrechte eingeschränkt werden. Das erfordert im äußeren Kriege der Selbstbehauptungstrieb der Nation, die es nicht dulden kann, daß die geschlossene öffentliche Meinung über die militärischen Kriegsfragen zermürbt wird. Aber diese Militärzensur darf nicht gewaltsam eine Meinung über diese Fragen erzeugen wollen, die der Wahrheit objektiv zuwiderläuft, und sie darf sich auch nicht in politische Angelegenheiten einmischen. Während des Weltkrieges ist die politische Atmosphäre in Deutschland gerade dadurch mit Spannungen geladen worden, daß die Zensurbehörden in rein politischen Fragen Bevormundung versuchten und Teile der Bevölkerung, die die Politik der Amtsstuben kritisierten, um ihre Werbefreiheit zu bringen suchten. Gegen diesen Zustand haben nicht nur Linkspolitiker, sondern vielleicht mehr noch Rechtspolitiker erbittert angekämpft.